

Aktionsprogramm
zur Bundestagswahl 1957
der Freien Demokratischen Partei

(Beschlossen auf dem Wahlkongress
in Hamburg am 5. Juni 1957)

deshalb

FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

Auf die kommt's an!



...schafft endlich deutschland's einheit...

...bewahrt uns vor atomgefahr...

...nie wieder einparteien-herrschaft...

1

Schafft endlich Deutschlands Einheit!

ERST DEUTSCHLAND —
DANN EUROPA

Die Welt sehnt sich nach Frieden. Frieden kann es nicht geben, solange sich die Großmächte nicht über das Grundrecht unseres Volkes auf Zusammenleben in Freiheit einigen. Es ist die vordringlichste deutsche Aufgabe, alles zu tun, um die Voraussetzungen unserer Wiedervereinigung zu schaffen. **Die Regierung der CDU/CSU hat zwar viel davon geredet, aber wenig getan.** Aus parteipolitischen Gründen hat sie eine einheitliche Außenpolitik aller Parteien verhindert.

Deshalb fordert die Freie Demokratische Partei:

Eine gemeinsame Außenpolitik aller Parteien unter Mitwirkung der Opposition.

Eine Politik der Entspannung unter Wahrung der Vertragstreue gegenüber unseren westlichen Verbündeten.

Verhandlungen mit den vier Mächten über die militärische Stellung eines wiedervereinigten Deutschlands unter Anerkennung der berechtigten Sicherheitswünsche unserer Nachbarn. Eine militärisch verdünnte Zone soll die Gefahr von Konflikten auf deutschem Boden bannen.

Intensive Bemühungen, um die Unterstützung der ganzen Welt für die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes zu gewinnen.

Anerkennung des Rechtes auf Heimat und Ablehnung einer Politik der Preisgabe von Gebieten, auf die Deutschland einen Rechtsanspruch hat.

Die Wiedervereinigung, mit Berlin als Deutschlands Hauptstadt, muß oberstes Ziel des Bundestages und jeder deutschen Regierung sein.

Bis zur Erreichung dieses Zieles fordern wir wirksame wirtschaftliche Hilfe für die Deutschen in der Sowjetzone, Kultur- und Sportaustausch, Reiseerleichterung, Ferienfreiplätze, um eine menschliche Entfremdung zu verhüten.

2

Bewahrt uns vor Atomgefahr

Die Gefahr eines Atomkrieges mit seinen grauenvollen Auswirkungen bedroht auch unser Volk. Schon die Atombombenversuche in aller Welt verseuchen Luft und Wasser und gefährden die Menschheit. Erst der Aufstand der deutschen Wissenschaftler und Albert Schweitzers haben das Weltgewissen wacherüttelt. Und immer noch wartet unser Volk vergeblich auf einen entscheidenden Schritt der Bundesregierung

Deshalb fordert die Freie Demokratische Partei:

Sorgt für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung

Das technische Zeitalter, in dem wir leben, erfordert eine Anpassung unserer Gesellschaftsordnung. Eine freiheitliche Gesellschaft des Leistungswettbewerbs kann sich nur bilden, wenn jedem Menschen ein Höchstmaß an Entscheidungsfreiheit und Unabhängigkeit gegeben wird, wenn jeder entsprechend seiner Begabung und seinen Leistungen, unabhängig von Herkunft und Besitz, aufsteigen kann.

Als deutschen Beitrag zur allgemeinen Abrüstung den Verzicht der Bundesregierung auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen.

Geeignete internationale Kontrollmaßnahmen, die eine Stationierung oder Lagerung von Atomwaffen in Deutschland beiderseits des eisernen Vorhangs verhindern.

Sofortige Maßnahmen für einen umfassenden Atomschutz der Bevölkerung, der bisher sträflich vernachlässigt worden ist.

Entwicklung und Nutzung der Atomenergie ausschließlich für friedliche Zwecke.

Deshalb fordert die Freie Demokratische Partei:

Eine gerechte Bewertung der geistigen Arbeit.

Eine fortschrittliche Sozialpolitik mit dem Ziel einer harmonischen Gestaltung der betrieblichen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Leistungsgerechte Entlohnung durch verantwortungsbewußte Lohnpolitik der Sozialpartner.

Das Angestelltenverhältnis für bewährte Facharbeiter.

Vor allem aber muß unser Erziehungswesen ausgebaut und reformiert werden.

3

4

Rettet die D-Mark -

Sichert die Kaufkraft

Jede Frau weiß, daß sie immer weniger für ihr Haushaltsgeld bekommt. Jeder Bausparer weiß, daß er heute doppelt soviel Baugeld braucht, wie er vor wenigen Jahren annahm. Was nützen Gold- und Devisenreserven, wenn im eigenen Land die Kaufkraft immer schwächer wird? Auch höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit werden sinnlos, wenn die Preise steigen.

Deshalb fordert die Freie Demokratische Partei:

Gleiche Bildungsmöglichkeit für alle.

Einrichtung von Bildungsstätten, durch die für Begabte, die sich im Berufsleben bewährt haben, der Weg zum Hoch- oder Fachschul-

studium eröffnet wird (zweiter Bildungsweg).

Ausreichende Ausbildungsbeihilfen für alle Begabten.

Erweiterte Bildungsmöglichkeiten für die Landjugend durch eine Neuordnung des Schul- und Ausbildungswesens auf dem Lande.

Bundesmittel zum Bau neuer Schulen, um den Schichtunterricht und die Überfüllung der Klassen zu beseitigen.

Überwindung der unheilvollen Zersplitterung des Bildungswesens in der Bundesrepublik.

Tatkräftige Unterstützung der privaten und öffentlichen Jugendpflege, der Jugendverbände, des Sports, vor allem des Schulsports.

Erleichterung der Familiengründung durch zinslose Darlehen an junge Menschen.

Die Staatsausgaben haben eine erschreckende Höhe erreicht. Denken wir daran, daß jede Mark für den Staat, von jedem Lohn- und Gehaltsempfänger, von jedem selbstständig Schaffenden, also von uns allen, durch Steuern und Abgaben aufgebracht werden muß.

So darf es nicht weitergehen! Eine Inflation bringt uns sonst um die Früchte unserer Arbeit.

Deshalb fordert die Freie Demokratische Partei:

Senkung der Staatsausgaben und Schluß mit der Geldhortung im Julisturm.

Abbau der Steuern beginnend mit Senkung der Einkommen- und Lohnsteuer, gerechte Neuregelung der Ehegattenbesteuerung volle Berücksichtigung der mithelfenden Ehefrau und gleiche Behandlung der Lohn- und Einkommensteuerepflichtigen.

Ersatz der Gewerbesteuer durch neue Formen der Gemeindefinanzierung.

Große Steuerreform mit dem Ziel der Vereinfachung des chaotischen Steuerwesens.

Kampf dem Staatskapitalismus der CDU/CSU und den sozialistischen Experimenten der SPD, die beide die Währung gefährden.

Eigentum für jedermann, Sicherung der breiten Mittelschicht und

der Wertbeständigkeit ihrer Ersparnisse.

Weitgehende Überführung staatlicher Wirtschaftsbetriebe in privaten Kleinbesitz und Verwendung der Erlöse zur Verminderung des Steuerdrucks.

Stabiles Geld ist soziales Geld.

Nur eine harte Währung und eine freiheitliche Wirtschaft gewährleisten den höchsten Ertrag und damit soziale Sicherheit.

So ist eine durchgreifende Hilfe möglich, für alle wirtschaftlich Schwachen, die Kriegsopfer, Kriegssachgeschädigten, Heimkehrer, Heimatvertriebenen und Flüchtlinge.

So kann auch denen wirksam geholfen werden, die ihre freiwillige Altersversorgung durch Krieg und Kriegsfolgen verloren haben.

5

Schafft ein gesundes

Bauerntum

Der deutsche Bauer soll die Ernährung unseres Volkes so weit wie möglich sichern. Ertragssteigerung und gerechter Preis müssen Ziel unserer Agrarpolitik im Interesse aller Verbraucher sein. Die Bundesregierung hat entgegen Adenauers Rhöndorfer Versprechungen dieses Ziel weder

ernsthaft angestrebt noch erreicht. Verschuldung der Bauern und Landflucht sind die Folgen dieser verfehlten Politik.

Deshalb fordert die Freie Demokratische Partei:

Den kostendeckenden Preis für die Erzeugnisse des ordnungsgemäß bewirtschafteten Betriebes.

Die Anpassung des Landlohnes an den der vergleichbaren gewerblichen Wirtschaft.

Ein umfassendes Investitionsprogramm zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft.

Entlastung von Bauer und Bäuerin durch Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe.

Flurbereinigung und Aussiedlung aus der dörflichen Enge unter Er-

haltung des lebensfähigen Kleinbauerntums.

Öffnung des Kapitalmarktes für die Landwirtschaft zu Bedingungen, die der wirtschaftlichen Lage der Bauernhöfe entsprechen.

Der freie deutsche Bauer ist der sicherste Schutz gegen Verunsicherung und sozialistische Experimente.

Zurückführung des übertriebenen Staatsaufwandes auf das notwendigste Maß.

Weniger Gesetze, weniger Verordnungen, weniger Behörden.

Beseitigung des bürokratischen Leerlaufs, der Bürger und öffentliche Verwaltung belastet.

Berufung und Beförderung der Beamten nur nach Können und Leistung und nicht nach konfessionellen oder parteipolitischen Gesichtspunkten.

Schutz der Unabhängigkeit von Presse, Rundfunk, Fernsehen und Film.

Volk eine Aufbauleistung vollbracht, die ihresgleichen sucht.

Seine Regierung war zunächst von einer Koalition getragen die unter maßgeblicher Beteiligung

der Freien Demokratischen Partei (FDP) nach freiheitlichen Grundsätzen den Leistungswillen aller ansprach. Seit die CDU/CSU im zweiten Bundestag die absolute Mehrheit hat, mißbraucht sie rücksichtslos ihre Macht.

So wurden die Mahnungen der FDP in der Saarfrage mißachtet. Die Saarbevölkerung mußte sich ihre Zugehörigkeit zu Deutschland durch eine Abstimmung gegen Adenauer und die Politik der Bundesregierung erkämpfen. Sachliche Einwände der FDP, beispielsweise gegen das unzulängliche Kindergeldgesetz oder das mißglückte Ladenschlußgesetz, wurden rücksichtslos niedergestimmt.

Der parlamentarische Anspruch des Deutschen Bundestages auf rechtzeitige Unterrichtung und Mitwirkung bei den Verhandlungen über den Gemeinsamen Markt und EURATOM wurde bewußt übergangen.

Die Zustimmung zur Lagerung von Atomwaffen gab die Bundesregierung unverantwortlicher-

weise als erste Regierung auf dem europäischen Kontinent.

Kennzeichen der heutigen CDU/CSU-Einparteien-Herrschaft sind:

Wachsende Staatsausgaben durch übertriebenen Aufwand.

Regierungspaläste in der vorläufigen „Bundeshauptstadt Bonn“ für 250 Millionen DM (ursprünglich sollten es nur 4 Millionen DM sein!).

Skandale und Korruptionsaffären. Steigende Preise und schwindende Kaufkraft.

Hohe Steuern und überfüllte Staatskassen.

Parteipropaganda auf Kosten des Steuerzahlers.

Eine Welle des Unbehagens geht durch Deutschland. Diese Einparteien-Herrschaft der CDU/CSU muß am 15. September beseitigt werden.

Sie darf nicht ersetzt werden durch eine Einparteien-Herrschaft der SPD; denn wir wissen, was dann zu erwarten wäre. Sie sagen: staatliche Kontrolle und meinen sozialistische Experimente.

**Deshalb: Nie wieder Einparteien-Herrschaft!
Schützt die Demokratie!
Stärkt die Dritte Kraft!**

6

Verhindert die Allmacht des Staates

Im Mittelpunkt des Staatslebens steht der Mensch. Der Staat soll dem Menschen dienen anstatt ihn zu bevormunden. Staat und Kirche sollen sich gegenseitig achten und darauf hinwirken, daß die Religion nicht im politischen Tageskampf mißbraucht wird. Staat und Parteien dürfen nicht zu Werkzeugen von Interessengruppen werden.

Deshalb fordert die Freie Demokratische Partei:

Sauberkeit und Sparsamkeit im öffentlichen Leben.

7

Nie wieder Einparteien- Herrschaft

Seit der Wahl des ersten Bundestages 1949 hat das deutsche